



# FÜNF PUNKTE FÜR DIE DEMOKRATISIERUNG DER INTERNATIONALEN ORDNUNG

Die globalen Herausforderungen nehmen in einer multipolaren Welt zu. Die Vereinten Nationen und Bretton Woods Organisationen müssen die neuen Machtverhältnisse einer multipolaren Welt besser abbilden. Für uns hat die Verteidigung und Reform der regelbasierten internationalen Ordnung Priorität, um Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu garantieren. Daher setzen wir uns mit unseren Partnern im Globalen Süden für eine Demokratisierung der multilateralen Organisationen ein. Dafür brauchen wir neue Antworten, eine neue Qualität der Zusammenarbeit und eine strukturelle Weiterentwicklung unserer Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens.

Gerechte Entwicklungschancen und gute Lebens- und Arbeitsbedingungen sind die Grundlage für ein friedliches Miteinander auf der Welt. Bei diesem Ziel spielt die Agenda 2030 der Vereinten Nationen weiterhin eine zentrale Rolle, aber wir wissen auch, dass uns die Zeit davonläuft: Wenn wir jetzt nicht handeln und in die Zukunft von Menschen, Gesellschaften und die Bewahrung unseres Lebensraums investieren, werden die Folgekosten immer größer.

Es ist wichtig, Beziehungen zu Staaten des Globalen Südens, die berechtigterweise ihr Interesse an der Mitgestaltung der globalen Ordnung durchsetzen, nachhaltig und strategisch auszubauen. Als Sozialdemokratie wollen wir an die erfolgreiche Nord-Süd-Politik von Willy Brandt anknüpfen und die Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partnern aus Afrika, Lateinamerika und Asien viel stärker ausbauen.

Gerade in Konkurrenz zu Machtzentren wie China und Russland, die andere Werte und Ziele verfolgen, ist es wichtig, dass Europa Kooperationsangebote macht, die attraktiv und nachhaltig sind. Das gilt insbesondere in Zusammenarbeit mit Staaten und Gesellschaften, die uns politisch und gesellschaftlich nahestehen. Ein friedliches und respektvolles Miteinander wie auch ein Zugewinn internationalen Vertrauens in westliche Demokratien gibt es nicht umsonst.

Die Institutionen und Regeln, die globale Sicherheit garantieren und Entwicklungschancen ermöglichen sollen, werden den aktuellen Herausforderungen angesichts weltweit zunehmender Krisen nicht gerecht. Auch die internationale Finanzarchitektur ist in seiner jetzigen Form ungerecht. Ein wichtiger Schritt zu gerechterer globaler Beteiligung ist der Beitritt der Afrikanischen Union zur G20. Aber das kann nur der Anfang sein. Uns ist es wichtig, dass die großen Umbrüche kooperativ und gerecht gestaltet werden.

## **1. Reformen der Vereinten Nationen**

Die Vereinten Nationen müssen die neuen Machtverhältnisse einer multipolaren Welt besser abbilden. Daher setzen wir uns für eine Demokratisierung der internationalen

Ordnung ein. Ein wichtiger Meilenstein dafür ist der diesjährige *Summit of the Future* der Vereinten Nationen, der von Deutschland und Namibia gemeinsam vorbereitet wird. Es braucht eine Reform des VN-Sicherheitsrats, damit Afrika, aber auch Lateinamerika und Asien, besser vertreten sind. In der sogenannten G4-Initiative haben Deutschland, Brasilien, Indien und Japan erklärt, sich gegenseitig im Bemühen um einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat zu unterstützen. Darüber hinaus unterstützen wir Initiativen für eine bessere afrikanische Repräsentation.

## **2. Reformen der Internationalen Finanzinstitutionen**

Wir unterstützen die von Bundesministerin Svenja Schulze vorangetriebenen Reformen der Weltbank, mit dem Ziel, für fairere Finanzierungsangebote zu sorgen. Insbesondere Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Klimaschutz, Biodiversität, den Schutz von Wäldern und Meeren und die Pandemievorsorge müssen zukünftig stärker die Arbeit der Weltbank und regionaler Entwicklungsbanken prägen. Wir setzen uns dafür ein, dass Programme des Internationalen Währungsfond in Schuldenkrisen soziale Teilhabe schützen und Ungleichheit vorbeugen.

## **3. Investitionsschub durch Schuldenumwandlung**

Wir fordern eine Schuldenumwandlung für Staaten des Globalen Südens. Es soll den hoch verschuldeten Staaten möglich sein, einen Teil ihrer Schulden gegen die Verpflichtung zu tauschen, Investitionen zum Beispiel in die soziale und ökologische Transformation oder Investitionen in ihr Gesundheitssystem im gleichen Wert vorzunehmen. Reformen auf nationaler Ebene sind dabei ebenso essentiell, um Ungleichheiten in den Ländern des Globalen Südens zu bekämpfen. Viele Länder stehen aufgrund von Überschuldung in Bedrängnis. Diese Länder stecken in einer Schuldenspirale fest und zahlen zu hohe Zinsen für Kredite. Sie können nicht in Bildung, soziale Sicherung, Infrastruktur und Wirtschaft investieren, um nachhaltige, widerstandsfähige Gesellschaften aufzubauen.

## **4. Gläubiger in die Pflicht nehmen**

Private Gläubiger dürfen sich nicht an Staaten bereichern, die in Schuldenkrisen geraten. Ein Beispiel sind die sogenannten „Geier-Fonds“, die Staatsanleihen von verschuldeten Staaten ausschließlich zur Gewinnerzielung erwerben. Dafür braucht es eine Initiative im Rahmen der internationalen Gemeinschaft. Darüber hinaus setzen wir uns für weitere Schritte im Rahmen der G20 ein, alle Geber zur fairen Beteiligung an Entschuldungsmaßnahmen in die Verantwortung zu nehmen.

## **5. Steuergerechtigkeit weiter vorantreiben**

Staaten müssen in der Lage sein, Einnahmen für Investitionen zu generieren. Internationale Unternehmen und Privatinvestoren sollten ihre Gewinne auch dort zahlen, wo sie sie erwirtschaften. Die Steuerbasis vieler rohstoffreicher Länder des Globalen Südens muss besser geschützt werden. Die globale Mindeststeuer von 15 Prozent ist dafür eine erste, wichtige Weichenstellung. Darüber hinaus wollen wir illegale Finanzströme austrocknen und Kapitalflucht unterbinden.